

## Generalversammlung der agrarischen Zentralstelle.

Die österr. Zentralstelle zur Wahrung der land- und forstwirtschaftlichen Interessen hielt gestern ihre zahlreich besuchte Generalversammlung ab, der in Vertretung des Ackerbauministeriums die Sektionschefs Dr. v. Ertl und Dr. Seidler beiwohnten. Die von Reichsrat v. Hohenblum beantragten Resolutionen wurden ohne Debatte einstimmig angenommen. Sie besagen u. a.: Die Vertreter der in der agrarischen Zentralstelle vereinigten land- und forstwirtschaftlichen Zentralkörperschaften, Genossenschaften und Bauernvereine erklären, daß alle Land- und Forstwirte Oesterreichs, welcher Nationalität oder politischen Partei dieselben auch immer angehören mögen, zu den größten Opfern an Gut und Blut bereit sind, um mit Schwert und Pflug durchzuhalten im gerechten Kampf für Kaiser und Vaterland bis zum siegreichen Ende. Die Vollversammlung gibt dem Wunsche Ausdruck, daß, falls das Prinzip der Erstellung von Maximalpreisen für Getreide seitens der Re-

gierung aufrecht erhalten werden sollte, auch Maximalpreise für jene Bedarfsartikel zu erstellen sind, welche von kartellierten, die Landwirtschaft durch unberechtigt hohe Preisforderungen schwer schädigenden Industrien erzeugt werden. Hierzu gehören in erster Linie sämtliche Kraftfutter- und künstlichen Düngemittel, weiters Kohle, Benzin, Rohöl, Steinöl, Schmieröl, Roheisen, Kupfervitriol etc. Auch die Erstellung von Höchstpreisen für alle Lebensmittel im Detailverkehr erscheint besonders im Interesse der konsumierenden Bevölkerung dringend geboten und es sollte daher mit den diesbezüglichen Verfügungen nicht länger gezögert werden.

Was die im Deutschen Reich und bei uns vielfach angeregte wirtschaftliche Annäherung zwischen den beiden verbündeten Kaiserreichen betrifft, die sich in erster Linie auf das Gebiet der Zoll- und Handelspolitik zu erstrecken hätte, so hält die Vollversammlung dieselbe unter der Voraussetzung, daß hiebei mit Rücksicht auf unsere verschiedenen Produktionsverhältnisse unsere Interessen voll und ganz gewahrt werden, gewiß für wünschenswert.

Die Vollversammlung gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die ungarische Regierung in Zukunft der Versorgung der diesseitigen Reichshälfte mit Getreide und Mehl keinen den Ausgleichsbestimmungen zuwiderlaufenden Hindernisse bereite, um dadurch die Solidarität unserer Gesamtmonarchie auch nach dieser Richtung hin erfolgreich zum Ausdruck zu bringen.

Nach einer vom kaiserl. Rat Postelt angeregten Diskussion über die Frage der Einführung eines Getreidehandelsmonopols wurde auf Antrag des kaiserl. Rates Herzog beschlossen, das Ackerbauministerium zu bitten, ehestens eine mündliche Enquete über die Beschlagnahme der heurigen Ernte einzuberufen und dazu die Landeskulturräte, Landwirtschaftsgesellschaften und Genossenschaftsverbände einzuberufen.